

RS Vfgh 1997/3/12 V75/95

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 12.03.1997

Index

L8 Boden- und Verkehrsrecht

L8500 Straßen

Norm

B-VG Art139 Abs1 / Individualantrag

Verordnung der Stadtvertretung Dornbirn vom 20.12.94 betreffend Erklärung der Straße "Frauenfeld" zur Gemeindestraße

VlbG StraßenG §1 Abs5 litb

VlbG StraßenG §9

Leitsatz

Zulässigkeit des Individualantrags von Grundeigentümern auf Aufhebung einer Gemeindeverordnung betreffend die Öffentlicherklärung eines privaten Weges; Gesetzwidrigkeit der Verordnung wegen Begründung des Gemeingebrauches an dem Weg ohne Eigentumserwerb durch die Gemeinde

Rechtssatz

Die Verordnung der Stadtvertretung der Stadt Dornbirn vom 20.12.94, mit der die Straße "Frauenfeld" zur Gemeindestraße erklärt wird, wird als gesetzwidrig aufgehoben.

Durch die Öffentlicherklärung eines in der Natur schon bestehenden privaten Weges (an dem noch kein Gemeingebrauch besteht oder dessen Gemeingebrauch nicht durch Bescheid geklärt ist (§2 Abs3 VlbG StraßenG)) - in der Erklärung zur Gemeindestraße liegt, wie sich aus §1 Abs5 litb VlbG StraßenG ergibt, eine solche Öffentlicherklärung - wird in gesetzwidriger Weise Gemeingebrauch begründet, solange die Gemeinde nicht das Eigentum an den in Betracht kommenden Straßengrundstücken - oder allenfalls ein Verfügungsrecht kraft eines anderen Privatrechtstitels - erworben hat(vgl zB VfSlg 13198/1992).

Entscheidungstexte

- V 75/95

Entscheidungstext VfGH Erkenntnis 12.03.1997 V 75/95

Schlagworte

VfGH / Individualantrag, Straßenverwaltung, Widmung (einer Straße), Gemeingebrauch (einer Straße), Öffentlicherklärung (einer Straße)

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:1997:V75.1995

Dokumentnummer

JFR_10029688_95V00075_01

Quelle: Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at